

Editorial: Das erste Semester im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

anbei findet Ihr meinen ersten Newsletter. Es hat eine Zeitlang gedauert. Viele neue Eindrücke kamen auf mich zu, es waren viele Dinge zu organisieren, vieles war Neuland und musste erstmal erobert werden. Außerdem bin ich als Nachrücker in ein (schnell) drehendes Hamsterrad hineingeraten und musste gleich mitlaufen. Deshalb fiel die Erstellung des Newsletters immer wieder hinten rüber, verdrängt durch tatsächlich oder vermeintlich Wichtigeres. Nun liegt Euch der erste Newsletter vor, in dem ich über meine Arbeit in diesem ersten Semester im Bundestag berichte und verspreche, dass die nächsten Newsletter dann regelmäßig in kürzeren Abständen erscheinen.

Ich bin nun seit Januar Mitglied im Wirtschaftsausschuss und Sprecher für Außenwirtschaftspolitik, wie dies auch meine Vorgängerin Margareta Wolf war. Insofern war Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik ein wichtiger Schwerpunkt meiner bisherigen Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter. In der Fraktion bin ich Mitglied der AG Globalisierung und der AG Arbeit und Wirtschaft. Außerdem bin ich seit dieser Woche stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für „Globalisierung und Außenwirtschaft“ und im Ausschuss für „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“. Darüber hinaus mische ich mich natürlich auch im Bereich Sozialpolitik in die Diskussion in der Partei und in der Fraktion ein. Aktuelle Themen dazu sind die Umsetzung des Beschlusses von Nürnberg zur Grundsicherung, Reform der Rente, der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und die Frage, wie es mit der Grundeinkommensdebatte weitergeht. Außerdem setze ich mich innerparteilich für eine Schärfung des Grünen Profils ein. So war ich an den beiden Aufrufen „Mutige Debatten“ und „Mutige Debatten 2.0“ einiger jüngerer MdBs und Landesvorsitzenden beteiligt und habe den Aufruf „links-libertär“ unterstützt. Ich werde in Kürze ein eigenes Papier verfassen, in dem es darum geht, dass wir uns als freiheitliche, linke Kraft positionieren müssen, um im 5-Parteien-System bestehen zu können. Last but not least bin ich als nach wie vor friedensbewegter Grüner unterwegs. So war ich als Referent beim Friedensratschlag in Kassel, habe eine Rede beim Frankfurter Ostermarsch gehalten und war zum Afghanistan-Kongress der Friedensbewegung eingeladen.

Im Folgenden findet Ihr einen Überblick über meine bisherigen Aktivitäten mit weitergehenden Links auf meine Homepage <http://www.strengmann-kuhn.de>, wo Ihr ständig aktualisierte Nachrichten zu meinen Tätigkeiten sowie die Kontaktdaten findet.

Viele Grüße, Euer Wolfgang

Inhaltsverzeichnis:

1. Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik
 2. Grundeinkommen, Sozial- und Verteilungspolitik
 3. Parteipolitische Diskussion
 4. Sonstiges
 5. Presse und Medien
 6. Kommende Termine
-

1. Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik

Kleine Anfrage: Außenwirtschaftsförderung für Rüstungsexportgeschäfte

Deutschland ist einer der führenden Waffenexporteure der Welt. Die Bundesregierung unterstützt mit diversen politischen und außenwirtschaftlichen Instrumenten den weltweiten Export deutscher Rüstungsgüter, auch an Staaten außerhalb der NATO und der EU. Die von der Bundesregierung vergebenen Gewährleistungen werden im Interministeriellen Ausschuss hinter verschlossenen Türen verhandelt und beschlossen. Das Parlament wird in das Entscheidungsverfahren nicht einbezogen sondern lediglich halbjährlich im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages unterrichtet. Durch die Kleine Anfrage wurden Informationen zur Vergabe von Gewährleistungen für Rüstungsgüter von der Bundesregierung eingeholt.

Mehr unter: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/16-9205.pdf>

Antrag (20.02.2008): Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit

Ohne eine kohärente Energieaußenpolitik, untrennbar verbunden mit Klima- und Entwicklungspolitik, werden wir die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, weltweiter Armut und Ausgrenzung, den neuen Rüstungswettlauf und die weltweite nukleare Aufrüstung nicht bewältigen können. Der Zugang zu Energie weltweit ist die Voraussetzung, um Armut zu überwinden und die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Moderne Energieaußenpolitik hilft unsere Energieversorgung langfristig abzusichern und trägt zu einer weltweiten Energiewende für Energie und Sicherheit bei. Eine verantwortliche Energieaußenpolitik setzt auf globale Gerechtigkeit. Eine vorausschauende Energieaußenpolitik ist strategische Friedenspolitik.

Mehr unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/081/1608181.pdf>

Antrag (10.04.2008): Vergaberecht reformieren

Die Aufträge der öffentlichen Verwaltung an die private Wirtschaft machen in Deutschland rund 13 Prozent der Wirtschaftsleistung aus, etwa 300 Mrd. Euro pro Jahr. Dieses Geld muss verantwortungsbewusst investiert werden. Durch die öffentliche Auftragsvergabe sollen auch die sozial- und umweltpolitischen Ziele gefördert werden, für die die Bundesrepublik auf nationaler und internationaler Ebene politisch eintritt.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/gruner-antrag-vergabe.pdf>

Pressemitteilung (23.4.2008): Die Vergabe von Ausfuhrleistungsgewährleistungen reformieren:

Die Gewährleistungen zur Absicherung von Exportrisiken, Investitionen und der Entwicklungszusammenarbeit sind die zentralen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung in Deutschland. Mit den Gewährleistungen nimmt der Staat Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen. Er gestaltet die Rahmenbedingungen, die letztlich darüber entscheiden, ob Geschäfte mit besonderen Risiken zustande kommen. Wir kritisieren, dass der Export von Rüstungsgütern und Kraftwerken - trotz erheblicher Umweltrisiken - durch staatliche Gewährleistungen abgesichert wurde.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=56#more-56>

Rede (07.03.2008): Massentlassungen bei deutschen DAX-Konzernen

Meine „Jungferrede“ habe ich in einer aktuellen Stunde der Linken zum Thema „Massentlassungen bei deutschen DAX-Konzernen trotz Gewinnexplosion“ gehalten.

Siehe: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=25#more-25>

Der Mitschnitt der Rede als Video:

<http://archiv.bundestag.t-bn.de/Archiv/servlets/Rede/Video?id=50045&rate=adsl>

2. Grundeinkommen, Sozial- und Verteilungspolitik

2.1. Wie weiter mit dem Grundeinkommen?

Nach dem Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg steht nun einerseits die Umsetzung an, andererseits die Fortentwicklung der Diskussion zum Grundeinkommen. So wurde es in Nürnberg beschlossen. Im Beschluss steht wortwörtlich: "Die Diskussion über das Grundeinkommen ist nicht beendet". Letzteres haben Mitglieder der AG Grundeinkommen der Kommission Zukunft sozialer Sicherung, die die BDK in Nürnberg vorbereitet hat, einige Bundestagsabgeordnete sowie weitere Personen, die die bisherige Grüne Diskussion um das Grundeinkommen wesentlich bestimmt haben, aufgegriffen und unter meiner Federführung einen Aufruf verfasst, in dem beschrieben wird, wie wir uns die weitere Diskussion zum Grundeinkommen (auf Basis des Nürnberger Beschlusses) vorstellen.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=70>

2.2. Diskussion zur Rente

Die Rentenreform wird eines der Wahlkampfthemen und beschäftigt derzeit alle Parteien. Bei uns – in der Fraktion gab es einen weitgehenden Konsens, dass es eine Mindestrente geben soll. Strittig ist, an welche Bedingungen ein Bezug einer solchen Mindestrente geknüpft werden soll. Neben der Frage, wie die steigende Altersarmut verhindert werden kann, geht es bei uns zusätzlich um die Fragen, ob wir eine Erweiterung zu einer Bürgerversicherung oder (nur) einer Erwerbstätigenversicherung wollen, wie eine eigenständige Sicherung von Frauen geschaffen werden kann und wie es mit der Riesterreute weitergeht. In der Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“ habe ich einen Artikel zu Altersarmut geschrieben, in dem ich für die Einführung einer steuerfinanzierten Garantierente für Alle und eine private Kapitaldeckung nach schwedischem Vorbild sowie die Einführung einer Bürgerversicherung plädiere. In der Bundestagsfraktion wurde ein weiterer Vorschlag von Biggi Bender und Irmingard Schewe-Gerigk zur Rentenreform entwickelt. Beim Treffen der unter 40-Jährigen in der Fraktion hatten Biggi und ich Gelegenheit unsere Vorstellungen zu präsentieren. In der BAG Wirtschaft habe ich einen Vortrag dazu gehalten, den ihr von meiner Webseite runterladen könnt. Die Diskussion in Partei und Fraktion geht weiter und wird uns in den nächsten Monaten sicher noch weiter beschäftigen. So findet am 6. September ein Parteikongress zu dem Thema statt und es soll ein Schwerpunktthema der BDK in Erfurt werden.

Mehr:

- Der Artikel aus der Zeitschrift „*Deutsche Rentenversicherung*“ kann auf Anfrage verschickt werden.

- Präsentation zum Vortrag bei der BAG Wirtschaft und Finanzen:

http://www.strengmann-kuhn.de/?file_id=14

2.4. Schrumpfen der Mittelschicht

Der starke Anstieg von Armut und Reichtum in den letzten Jahren, hat dazu geführt, dass die Mittelschicht geschrumpft ist, wie mehrere Studien in den letzten Monaten betont haben. Auch das ist ein Thema, das die Parteien zurzeit beschäftigt, wobei insbesondere die CSU auf Steuersenkungen setzt. Ich habe dazu einen Gastkommentar in der Financial Times Deutschland veröffentlicht.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=90>

2.3. Armut und Reichtum

Seit Ende Juni gibt es den dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Olaf Scholz hatte bereits vor einigen Wochen einen ersten Entwurf vorgelegt, der ein starkes Medienecho hervorgerufen hat, u.a. weil die Veröffentlichung nicht im Kabinett abgestimmt war und er seine erste Stellungnahme gegenüber Bild am Sonntag vorgenommen hat.

Ich war als Wissenschaftler an dem zentralen Gutachten beteiligt, bei dem es um die Entwicklung von Armut und Verteilung in den letzten Jahren ging. Die Armutsentwicklung ist erschreckend. Die Armutsquote stieg von 2000 auf 2005 von 12% auf 18%. Besonders stark sind die Armut von Kindern (von 15% auf über 26%) und die von abhängig Beschäftigten (von 6,5% auf 12%) anstiegen. Damit sind fast 4 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig und arm. Das sind doppelt so viele wie arbeitslose Arme. In seinen öffentlichen Verlautbarungen versucht der Minister allerdings das wahre Ausmaß des Armutsanstiegs zu verschleiern, indem er sich auf Zahlen eines neuen Datensatz stützt, der noch mit methodischen Mängeln behaftet ist. Bei diesem Datensatz wird die Armut, insbesondere von Kindern und Erwerbstätigen, stark unterschätzt. Informationen zu diesem Datensatz sind auch in einem neuen Aufsatz von mir zur International vergleichenden Armutsforschung im Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung zu finden.

Der Bericht ist unter dem folgenden Link zu finden ist.

http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.html

Kommentare von mir zum Armuts- und Reichtumsbericht:

- Pressemeldung: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=79>

- Interview mit tagesschau.de: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=97>

Außerdem habe ich einen Vortrag zum Armuts- und Reichtumsbericht bei der BAG Gesundheit und Soziales gehalten:

http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/plugins/downloads-manager/upload/BAG_Soziales_ARB.pdf

Bereits vor der Veröffentlichung von Scholz konnte ich die Ergebnisse bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen präsentieren, die sich mit der Entwicklung von Armut und Reichtum in der Bundesrepublik beschäftigt hat. Ich konzentrierte mich dabei auf das Thema Armut, während Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung neue Ergebnisse zur Entwicklung des Reichtums in Deutschland darstellte. Er machte deutlich, dass sich Einkommen und Vermögen zunehmend bei den Spitzenverdiener/innen konzentrieren.

Präsentation von Stefan Bach:

http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/bach_gruene260408.pdf

Präsentation von Wolfgang Strengmann-Kuhn:

http://www.strengmann-kuhn.de/?file_id=15

Schließlich kann ich noch auf meinen Beitrag „International vergleichende Armutsforschung“ im „Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung“ hinweisen, in dem ich auf methodische Probleme der Vergleichbarkeit, verfügbare Datensätze und aktuelle Ergebnisse eingehe, siehe:

http://www.vs-verlag.de/index.php?do=show/site=w/book_id=15512/sid=204899060048564023dcd7c777113734

3. Parteipolitische Diskussion

Im Fünf-Parteien-System ist es mehr denn je wichtig, dass wir Grüne klares inhaltliches Profil zeigen. Wir brauchen deshalb wieder mehr kontroverse inhaltliche Debatten und müssen uns nach meinem Dafürhalten als links-libertäre Partei positionieren. Ich habe dazu mit einigen überwiegend jüngeren MdBs und Landevorsitzenden die zwei Diskussionspapiere „Mutige Debatten“ und „Mutige Debatten 2.0“ verfasst und das Positionspapier „links-libertär“ unterstützt. Zur Frage von Koalitionen insbesondere, aber nicht nur in Hessen, hatte ich ein Interview mit dem Journal Frankfurt – dem ehemaligen Pflasterstrand.

Mehr:

- Mutige Debatten 1.0: http://www.strengmann-kuhn.de/?file_id=5
- Mutige Debatten 2.0: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/mutige-debatten20b.pdf>
- Links-Libertär: <http://www.robert-zion.de/downloads/Links-libertaer.pdf>
- „Schwarz-Grün muss die Ausnahme bleiben“: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=23>

4. Sonstiges

4.1 Persönliche Erklärung zur Abstimmung zum EU-Vertrag

Trotz einiger schwerwiegender Bedenken gegen einzelne Passagen des Vertragstextes habe ich dem Vertrag nach Abwägung insgesamt zugestimmt.

Siehe: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=58>

4.2 Pressemitteilung zur Diätenerhöhung:

Von der großen Koalition wurde ein Antrag zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten in den Bundestag eingebracht. Da die Abgeordnetendiäten an die Besoldung der Bundesrichter gekoppelt sind und diese erhöht werden sollte, sollten auch die Diäten steigen. Im Zuge der Debatte habe ich vorgeschlagen die Abgeordnetendiäten an die Höhe des Rentenwerts zu koppeln und die Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung mit aufzunehmen.

Siehe: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=63>

4.3. Rede zum Ostermarsch 2008

Nachdem ich viele Jahre als normaler Teilnehmer bei den Ostermärschen mitgelaufen bin, hatte ich in diesem Jahr eine aktive Rolle als Redner. In meiner Rede bin ich insbesondere auf die Situation in Afghanistan eingegangen.

Siehe: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=33>

4.4. Afghanistan Kongress der Friedensbewegung

Beim Afghanistan-Kongress der Friedensbewegung am 7. und 8. Juni in Hannover saß ich beim Workshop zum Thema „Außenpolitik für den Frieden“ auf dem Podium:

Siehe: http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/ausenpolitik_fuer_frieden_wsk.pdf

5. Presse und Medien

5.1 Interviews

Interview auf tagesschau.de (25.6.08): „Datenmix verzerrt das Bild“

Nach der Präsentation des Entwurfs zum Armutsbericht wurde Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) von vielen Seiten vorgeworfen, mit Zahlen aus einer weniger renommierten Studie die Situation in Deutschland verharmlosen zu wollen, um anschließend Maßnahmen aus seinem eigenen Haus rühmen zu können. Auch in der überarbeiteten Fassung ist der Bericht unseriös. Ich habe der Tagesschau Online-Redaktion ein Interview zum verzerrten Ergebnis des Berichts und Unterschied bei den Datenerhebungsmethoden gegeben.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=97>

Interview mit dem Journal Frankfurt (Ausgabe 06/08): „Schwarz-Grün muss die Ausnahme bleiben“

Siehe: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=23>

Interview in SWR 1 „Armut trotz Erwerbstätigkeit“:

Siehe: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=43>

5.2. Eigene Artikel

Artikel mit Dieter Althaus im *Rheinischen Merkur* (19.3.08): „Eigeninitiative wird belohnt“

Wie steht es um den Leistungswillen, wenn der Staat einen Sockelverdienst garantiert? Thüringens CDU-Ministerpräsident und der Grünen-Politiker präsentieren ein gemeinsames Konzept im *Rheinischen Merkur*

Mehr: http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/rm_st-kuhn_althaus.pdf

Artikel in der *financial times deutschland* (5.6.08): „Die Mogelpackung der Steuersenker“

Armut und die Angst vor der Armut sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, die Mittelschicht schrumpft. Dieses Ergebnis mehrerer Studien hat die Politik zu Recht alarmiert. Nun überbieten sich die Parteien mit Vorschlägen zur Entlastung der Mittelschicht und zur Bekämpfung der Armut. Am lautesten verbreitet die CSU den von der FDP abgekupferten Slogan „mehr netto vom brutto“. Doch dieser Ansatz hält nicht, was er verspricht. Er geht nicht nur an wesentlichen Problemen vorbei, sondern würde diese sogar noch verschärfen.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=90>

5.3. Portraits

Rheinischer Merkur (27.03.2008): Oswald Metzgers Erben

Lange stand bei den Grünen ein Name für ökonomischen Sachverstand: Oswald Metzger. Oft lag der Schwabe, der jetzt zur CDU überlief, im heftigen Streit mit seiner Partei. Als die im November ein Programm für höhere Sozialleistungen beschloss, kam es zum endgültigen Bruch. Bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr will der Ex-Grüne nun für die Christdemokraten kandidieren. Bei den Grünen sorgte der Weggang des Juristen zwar eher für Erleichterung. Trotzdem erobern in der Ökopartei nun Ökonomen Schlüsselstellen in der Bundestagsfraktion. Zum Beispiel der habilitierte Volkswirt Wolfgang Strengmann-Kuhn, der gerade in den Bundestag nachrückte und in außenwirtschaftlichen Fragen für die Fraktion spricht.

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/wp-content/uploads/rm13012.pdf>

FAZ: „Armut macht unfrei“:

<http://www.faz.net/s/RubFAE83B7DDEFD4F2882ED5B3C15AC43E2/Doc~E7723E4A925584BA0B497FAABD392428F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

5.4. Sonstiges

Spiegel online (06.05.2008): Therapie-Suche für die kranke Mittelschicht

Darin: „Auch Wolfgang Strengmann-Kuhn, Sozialwissenschaftler von der Universität Frankfurt und seit Anfang des Jahres Grünen-Abgeordneter im Bundestag, sieht die McKinsey-Vorschläge kritisch. "Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass Privatisierung in vielen Bereichen den Reichen nützt und den Armen schadet. Das Rezept müsse daher sein, weniger zu privatisieren und staatliche Transferleistungen zu verstärken." Um der Verarmung großer Teile der Bevölkerung entgegenzuwirken, müsse es eine negative Einkommensteuer - mit steuerlichen Zuschüssen für Geringverdiener - sowie eine Bürgerversicherung geben, die Vermögende in das Sozialsystem einbeziehen.“

Mehr: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,551524,00.html>

Taz (05.05.2008): Rezepte gegen Altersarmut:

Für eine Rente auf Sozialhilfeniveau muss ein Durchschnittsverdiener 27 Jahre lang einzahlen. Was tun gegen Altersarmut? Vier Szenarien für das Rentensystem der Zukunft.

Darin: „Das schwedische System gar könnte "ein geeignetes Vorbild für eine umfassende Rentenreform in Deutschland sein", sagt etwa der Sozialexperte der grünen Bundestagsfraktion, Wolfgang Strengmann-Kuhn. In Schweden muss jeder Erwerbstätige einen prozentualen Beitrag in die umlagenfinanzierte Rentenkasse einzahlen und außerdem noch einen Vertrag über eine private Zusatzrente abschließen. Wer dann trotzdem noch unter ein gewisses Rentenniveau sinkt, erhält eine staatlich finanzierte Garantierente. Sie liegt für Singles bei mindestens 7.277 Kronen im Monat, also bei rund 800 Euro. Vermögen wird nicht angerechnet, anders als dies bei der deutschen Sozialhilfe der Fall ist. Die Aufstockung durch die Garantierente ist degressiv gestaltet - auch RentnerInnen mit etwas höheren Ansprüchen bekommen noch eine kleine Aufstockung. Eine als peinlich empfundene Bedürftigkeitsprüfung entfällt. Der stigmatisierende Unterschied zwischen Renten und Grundsicherung würde damit verschwinden - ein interessantes Vorbild auch für Deutschland.“

Mehr: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/rezepte-gegen-altersarmut/?src=MT&cHash=8668f39973>

taz-Kommentar „Grüne sind immer noch links“:

Darin: „Gegen die Steuersenkerfront treten jetzt die Neoumverteiler um Gerhard Schick und Wolfgang Strengmann-Kuhn an.“

Mehr: <http://www.strengmann-kuhn.de/?p=57>

6. kommende Termine

7. Juli: Diskussion zum Thema „Soziale Teilhabe“ mit Heiner Geißler und Beate Müller-Gemmeke, Tübingen

17. Juli: Vortrag zum Thema Grundeinkommen, Uni Duisburg

10.-12. September: Vortrag zur Garantierente bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales

15. September: Diskussion mit Dieter Althaus, Katja Kipping und Werner Rätz, Woche des Grundeinkommens, Urania Berlin, Veranstalter: Netzwerk Grundeinkommen.